

DIE LINKE
Bundesgeschäftsstelle

The logo for DIE LINKE, featuring the text "DIE LINKE." in a bold, black, sans-serif font. A small red triangle is positioned above the letter "I" in "LINKE".

DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Helge Meves
Bereich Strategie & Grundsatzfragen
Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

BiNe – Bisexuelles Netzwerk e. V.

Postanschrift:
Postfach 21 100, 10178 Berlin

Per Mail: bijou@bine.net

Telefon: 030 2 40 09-353
Telefax: 030 2 41 10 46

wahlprüfsteine@die-linke.de
helge.meves@die-linke.de
www.helgemeves.de
www.die-linke.de

Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 13 22 57 31
BLZ 100 500 00

IBAN: DE96 1005 0000 0013 225731
BIC: BELADEVXXX

Wahlprüfsteine Wahl zum Europäischen Parlament 2019

Berlin, den 16. Mai 2019

Sehr geehrte*r Frank Thies und Daniele Cipriano,

vielen Dank für Ihre Fragen zur Wahl zum Europäischen Parlament 2019 und heute sende ich Ihnen unsere Antworten auf Ihre Fragen gerne zu

mit freundlichen Grüßen

Helge Meves

1.

Mangelnde Sichtbarkeit ist für bisexuelle Menschen ein zentrales Thema. Wie wollen Sie das Bewusstsein für bisexuelle Menschen in unserer Gesellschaft stärken?

Rechte, erkonservative und christlich fundamentalistische Bewegungen greifen weltweit die Rechte von Frauen* und Migrant*innen, von Lesben und Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgender, Intersexuellen und queeren Menschen (LGBTTIQ*) an. DIE LINKE unterstützt den Kampf für gleiche Rechte, sexuelle Selbstbestimmung, gegen Sexismus – und für soziale Gleichheit. Wir wollen, dass vielfältige Lebensweisen rechtlich gleichgestellt werden und setzen uns für ihre gesellschaftliche Akzeptanz und für soziale Gleichheit in den Lebensbedingungen ein. Dazu gehört, die Ungleichbehandlung von eingetragenen Lebenspartnerschaften in Europa zu überwinden.

2.

Bisexuelle outen sich deutlich später oder gar nicht als andere, dabei trägt ein Coming-out deutlich zur Zufriedenheit bei. In Deutschland gibt es kaum geoutete bisexuelle Politiker_innen, im Bundestag niemanden. Dagegen sieht es in den USA, aber auch anderen europäischen Staaten ganz anders aus. Wie wollen Sie Coming-outs unterstützen – von Vorbildern (Politiker_innen, Lehrer_innen)?

Antwort zu 1 + 2: Aus Sicht der LINKEN ist es wichtig, dass in allen Rechtsbereichen eine vollständige Gleichbehandlung vollzogen wird. In einigen EU-Ländern existiert leider noch nicht einmal die Möglichkeit der Lebenspartnerschaft. Des Weiteren sind Maßnahmen zu ergreifen, dass das gesellschaftliche Klima sich verbessert durch eine aktive Antidiskriminierungspolitik. Die EU hat hier eine Vorbildfunktion, sie muss einerseits Richtlinien verändern (horizontaler Ansatz im Diskriminierungsschutz und bei Nichtumsetzungen mit Strafzahlungen Druck ausüben). Durch Reporte und Berichte muss sie dazu beitragen, über bisexuelle Lebensweisen und über Diskriminierung aufzuklären und Öffentlichkeit gegen Diskriminierung schaffen.

Man kann Politiker*innen und Lehrer*innen kein Coming-Out vorschreiben, aber man kann ein Klima schaffen, welches ein Coming-Out erleichtert.

3.

Auch Teenager, die sich als bisexuell identifizieren, sind deutlich seltener geoutet, dafür haben sie noch stärker als homosexuelle Gleichaltrige mit Mobbing, Selbstmordgedanken und Drogenmissbrauch zu kämpfen. Dabei ist die Gruppe von jungen Menschen, die sich nicht als 100% heterosexuell oder 100% homosexuell einstuft, keine Minderheit (39%). Wie wollen Sie Coming-outs von bisexuellen Jugendlichen unterstützen und sich gegen Diskriminierung bisexueller Jugendlicher einsetzen? Wie hoch werden die Mittel sein, die dazu zur Verfügung stehen werden?

Bisexuelle Jugendliche brauchen selbstbestimmte, inklusive und akzeptierende Jugend-Strukturen, in denen sie sich sicher fühlen. Schutz- und Hilfseinrichtungen sollen einzelfallunabhängig, pauschal und verlässlich finanziert sowie barrierefrei werden. Wir wollen den Schutz vor Diskriminierungen aufgrund der geschlechtlichen Identität, sexuellen Orientierung und Lebensweise in Artikel 3 des Grundgesetzes und in das Antidiskriminierungsgesetz aufnehmen. Um dieses erweiterte Grundrecht zu garantieren, braucht es

Antidiskriminierungsstellen, ein echtes Klagerecht für Verbände im Allgemeinen Gleichstellungsgesetz sowie dessen EU-rechtskonforme Ausgestaltung.

Wir fordern ein EU-weites Förderprogramm für Bildungsarbeit gegen Sexismus, Homo- und Trans*feindlichkeit, das Initiativen von Betroffenen stärkt und schulische wie außerschulische Bildungsarbeit fördert.

4.

In Schleswig-Holstein gab es im Rahmen von „Echte Vielfalt“ ein Initiative zu sexueller Sichtbarkeit. Welche vergleichbare Aktion können Sie sich für Europa vorstellen? Wie soll sie umgesetzt werden?

Aus Sicht der LINKEN sind die Landes- und regionale Initiativen zur Förderung „der geschlechtlichen und sexuellen Vielfalt“ speziell auch für bisexuelle Menschen ein äußerst vielversprechender Ansatz. In Berlin gibt es hier seit 2009 schon sehr gute Erfahrungen. Parlament und Kommissionen können auf diese Projekte aufmerksam machen und die Mitgliedstaaten ermuntern sie umzusetzen. Wir wollen einen solchen Ansatz auch auf europäischer Ebene unter Schirmherrschaft des Europäischen Parlaments initiieren.

5.

Die Forschung hinkt beim Thema Bisexualität hinterher. Inwieweit fördern Sie die Forschung zum Thema Bisexualität an den Universitäten? Welche Mittel stellen Sie dazu zur Verfügung? Und inwiefern sorgen Sie für die Verbreitung und Berücksichtigung der Ergebnisse in Ihrer politischen Arbeit?

DIE LINKE unterstützt weitere Forschungen zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt gerade auch im Hinblick auf Bisexualität. Wir sind der Überzeugung, dass die gesellschaftliche Erforschung zeigt, dass eine offene und liberale Gesellschaft allen Menschen mehr Freiheit gibt. In unserem Wahlprogramm ist diese Erkenntnis eingeflossen und so streiten wir konsequent gegen Diskriminierung.

6.

Auch in der Politik äußern sich Politiker_innen LSBTI-feindlich. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass menschenrechtsfeindliche Äußerungen auch für Politiker_innen deutlichere Konsequenzen haben?*

Der Kampf für die Menschenrechte und gegen Diskriminierung von LSBTI* Menschen ist gerade angesichts des Aufschwungs rechter Kräfte zentral. Hier gilt es aus Sicht der LINKEN ihre starfbaren Äußerungen konsequent zu ahnden und des Weiteren ihre Äußerungen immer wieder als Menschfeindlich zu brandmarken und ihnen den gesellschaftlichen Raum streitig zu machen. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

7.

Gewalt ist immer zu verachten, aber Hasskriminalität ist ein besonders zu verachtende Straftat. Wie wollen Sie bisexuelle Mitmenschen besser vor Hassgewalt schützen?

Aus Sicht der LINKEN sollten Staatsanwaltschaften und Gerichte bei Hasskriminalität, die Tat als solche klar benennen und im Strafmaß auch deutlich berücksichtigen. Dies gilt ebenso für die Polizeistatistiken, die dies europaweit und je spezifisch auflisten sollten. Ansprechpartner bei Polizei und den Staatsanwaltschaften (wie in Berlin) wären hier eine sehr guter Weg, der zu einer konsequenteren Verfolgung und Verurteilung führt.

8.

Beim Blutspenden werden bisexuelle Männer genauso wie homosexuelle Männer nach wie vor diskriminiert. Dabei ist die sexuelle Orientierung als einziges Kriterium nicht nachvollziehbar. Monogame und zuverlässig Safer Sex Praktizierende stellen kein höheres Risiko dar. Andere Länder sind hier schon weiter. Wie ist Ihre Haltung zur Verbesserung der Blutspenderegulungen für Männer, die mit Männern Sex haben? Kann es hier eine europaweite Regelung geben?

Aus Sicht der LINKEN sollte eine europaweite Empfehlung erfolgen, die Vorurteile abzubauen hilft.

9.

Die sogenannten „Homoheiler“ sind eine höchst gefährlich unwissenschaftliche Gruppe, die Erwachsene, aber vor allem auch Jugendliche weitreichenden psychischen Schade zufügen. Leider sind die Reparaturtherapien in Deutschland immer noch nicht verboten, auch wenn zurzeit darüber ernsthaft nachgedacht wird und der Weltärztebund bereits 2013 ein Verbot befürwortete. Was tun Sie dafür, um besonders Jugendliche vor diesen „Therapien“ zu beschützen? Kann es da nicht ein Europa-weites Verbot geben? Und wie kann es in Zukunft schneller zu sinnvollen Entscheidungen kommen?

Die Geschlechtsidentität oder Lebensweise als Krankheit zu definieren ist aus unserer Sicht grundsätzlich abzulehnen. Sie widersprechen dem Recht auf Selbstbestimmung. In Deutschland betrifft das besonders das Verständnis von Trans*Identitäten. Aus Sicht der LINKEN wäre ein europaweites Verbot anzustreben. „Homoheilung“ ist Humbug, das Recht auf Selbstbestimmung gilt auch für jüngeren Menschen. Für sie sind diese Erfahrungen oft besonders traumatisch.

10.

Nicht nur Homosexuelle, sondern auch Bisexuelle und allgemein Menschen, die gleichgeschlechtliche Neigung haben (insbesondere wenn sie sie ausleben), müssen in manchen Staaten Angst vor gesellschaftlicher Ächtung, Haftstrafe und sogar Todesstrafe haben. Dennoch werden Asylanträge von LSBTI in Deutschland abgelehnt und wendet z. B. Österreich trotz Urteil des EU-Gerichts menschenunwürdige Begründungen bzw. Tests an. Wie schützen Sie LSBTI*, die Asyl in Europa beantragen?*

Alle LSBTTI die in ihren Heimatländern staatlich oder nichtstaatlich verfolgt werden, sollten in der EU Asyl erhalten. Es ist nicht akzeptabel, dass einzelne Staaten, z.T. auch Deutschland, behauptet, man müsse die Sexualität nicht ausleben und dann abschieben. Hier sollte europaweite Klarheit geschaffen werden und stets Asyl für alle LSBTTI gewährt werden. Der individuelle Zugang zu Asylverfahren und Rechtsschutz muss für Asylsuchende an den EU-Außengrenzen sichergestellt werden. LSBTI* müssen vor Gewalt und Ausbeutung geschützt werden.

11.

Menschenrechte werden natürlich auch in Deutschland nicht von allen respektiert, aber besonders hart haben es bisexuelle und homosexuelle Menschen in manchen EU-Staaten (z. B. Polen) und in Nicht-EU-Staaten (z. B. Russland, Brunei). Warum werden EU-Länder für menschenrechtsfeindliche Politik nicht stark sanktioniert? Planen Sie eine Änderung der laschen Sanktionen? Wie fordern Sie Menschenrechte für LSBTI in anderen Ländern ein? Und wie können Urteile des Menschenrechtsgerichtshof gestärkt werden?*

DIE LINKE setzt sich weltweit für Menschenrechte ein, gerade auch von LSBTI*. Wir treten auch für eine Stärkung des Menschenrechtsgerichtshof ein (personelle Ausstattung und Ausbau der Pressearbeit). Wir setzen uns für eine stärkere Sanktionierung menschenrechtsfeindlicher Politik ein, auch bei der Verletzung von Pressefreiheit oder der Recht Geflüchteter.

12.

Seit 2017 können auch gleichgeschlechtliche Paare endlich die Ehe eingehen, dieses Recht nehmen natürlich auch manche Bisexuelle wahr. In manchen EU-Ländern werden gleichgeschlechtliche Partnerschaften aber noch nicht einmal anerkannt. Inwiefern setzen Sie sich ein für die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaft in EU- und Nicht-EU-Ländern? Inwiefern setzen Sie sich dafür ein, dass andere Länder gleichgeschlechtliche Ehen einführen?

Wir setzen uns für eine EU-weite von LSBTI* Ehen bzw. eingetragenen Partnerschaften ein. Für letzteres würden wir uns eine EU-Richtlinie wünschen und uns dafür einsetzen. Wir streiten weiter – besonders im Zusammenhang des Rechts auf Familiennachzug – für eine Ausweitung der Familiendefinition auf in den Herkunftsländern nicht anerkannten gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften.

13.

Es gibt immer mehr Bestrebungen, die Pressefreiheit einzuschränken (in EU-Ländern wie Polen, Ungarn, Österreich, aber von einer Partei auch in Deutschland). Warum sanktioniert die EU diese Einschränkung eines Menschenrechts nicht? Was tun Sie dafür, damit dies in Zukunft passiert?

Pressefreiheit ist ein hohes Gut der Demokratie und neben Versammlungs- und Koalitionsrecht essenziell für jede Demokratie. Rechtspopulisten und -extremisten bekämpfen sie genau deshalb. Die Demotage der Demokratie in Polen und Ungarn, auch Österreich beunruhigt uns sehr. Hier könnten selektive Sanktionen oder auch der Entzug von Fördergeldern wirken. Letztlich denken wir, dass eine starke Linke im Europaparlament und in der Gesellschaft, die für Freiheit und soziale Rechte, für Selbstbestimmung und soziale Sicherheit steht, das beste Mittel gegen rechts ist.

14.

Was möchten Sie noch hinzufügen?

Für DIE LINKE gehören soziale Rechte, Freiheitsrechte, Demokratie, Solidarität und Selbstbestimmung immer zusammen. Wir kämpfen dafür, dass Armut und Perspektivlosigkeit in Europa beendet wird: mit

europaweiten Mindestlöhnen, mit einem Mindesteinkommen, das auch im Alter oder bei Erwerbslosigkeit sicher vor Armut schützt - und mit Mindeststeuern für Unternehmen. Wir kämpfen für Lebensverhältnisse in der EU, in der jeder und jede ohne Angst verschieden sein kann.